

Revolution auf der Zielgeraden

Ägypten jubelt weiter, arbeitet aber auch hart an einer neuen Verfassung. In acht Wochen ist Kassensturz

- Die Zivilgesellschaft regt sich: Alle Interessengruppen wollen die Zukunft ihres Landes mitgestalten
- Es gibt auch Kritik: Das Militär berufe nur Günstlinge in den Verfassungsrat. Und Frauen fehlen völlig

AMIRA EL AHL
IN KAIRO

In Ägypten wird noch immer gefeiert. Aus vielen Autos hängen ägyptische Fahnen, und lautes Hupen dröhnt vor allem abends durch Kairo. Es herrscht eine ausgelassene Stimmung, die sich aber auch oft mit Sorge über die Zukunft Ägyptens paart. Doch eines lässt sich sicher sagen, das politische Klima am Nil hat sich seit der Revolution des 25. Januar – wie sie in Ägypten genannt wird – schlagartig verändert. Die Menschen reden und diskutieren über Politik, überall. Die Ägypter sind aus ihrer Lethargie erwacht. Es herrscht Aufbruchsstimmung.

Die Wünsche und Hoffnungen für Ägyptens Zukunft sind groß, doch wie diese Zukunft aussehen wird, ist ungewiss. Der Militärrat hat zwar versprochen, in spätestens sechs Monaten Wahlen abzuhalten und das Land in die Demokratie zu führen, doch den Versprechungen allein wollen viele nicht trauen. Zu sehr ist die Militärführung mit dem alten Regime verbunden, zu sehr haben sie vom Mubarak-Regime in der Vergangenheit profitiert. Denn im Grunde ist es das Militär selbst, auf das sich die Macht in der Nilrepublik seit dem Staatsstreich von 1952 stützt, jeder Präsident – Naguib, Nasser, Sadat und Mubarak – kam seitdem aus dem Militär. Das Militär ist Ägypten und Ägypten das Militär.

„Wir müssen schnell handeln, um zu verhindern, dass die alten Garden im Militär mehr Macht gewinnen“, sagt Leila Soueif. Die Mathematikprofessorin will mit anderen Akademikern dem Militärrat eine zivile Kraft entgegensetzen, die politische Zukunft des Landes mitbestimmen. „Ich denke schon, dass auch viele Militärs Demokratie anstreben, aber sie wissen nicht wirklich, was das heißt“, sagt Leila Soueif. Ihre Gruppierung fordert das Militär auf, an einer Übergangsregierung keine Mitglieder des Mubarak-Regimes zu beteiligen und die Notstandsgesetze aufzuheben. Zurzeit sammelt die Koalition Namen von möglichen Kandidaten für die Übergangsregierung – allesamt Technokraten. Voraussetzungen sind: keine Verbindungen zum alten Regime, keine Teilnahme an freien Wahlen nach der Verfassungsänderung und dem Ende der Übergangsperiode. Es gäbe viele, die zwar ein neues Ägypten aufbauen wollen, aber keine politischen Ambitionen hegen, sagt die Professorin.



Ein ägyptischer Soldat beobachtet am Tahrir-Platz in Kairo ein Kind, das auf seinem Panzer herumklettert

WER KANDIDIERT ALS PRÄSIDENT?

Noch immer hat kein Ägypter seinen Hut in den Ring geworfen, Nachfolger des gestürzten Präsidenten **Husni Mubarak** (82) werden zu wollen. Der Oppositionspolitiker, Mubarak-Gegner und Chef der Ghad-Partei **Ayman Nur** (46) könnte es sich immerhin vorstellen, zu kandidieren – so wie 2005, als er in der verschobenen Wahl gegen Mubarak achtbare 73 Prozent der Stimmen erhielt. Aber Chancen werden ihm eigentlich keine großen eingeräumt. Übrigens auch **Mohammed al-Baradei** (68) nicht, den der Westen so favorisiert. Dort ist der

ehemalige Chef der Wiener Atomenergiebehörde IAEA und Friedensnobelpreisträger auch besser bekannt als bei seinen eigenen Landsleuten. Am weitesten vorn in der Wählergunst liegt offenbar **Amr Mussa** (74), zwar (noch) Chef der Arabischen Liga, aber doch ein König ohne Land. Er diene Mubarak lange als Außenminister, bis der Pharao ihn in die Liga abschob – der Chefdiplomat wurde ihm zu gefährlich und im Volk zu beliebt. Er wolle sich entscheiden, wenn die Verfassungsänderungen vorlägen und verabschiedet seien, sagt Mussa. *al*

Die Koalition besteht aus über 27 Vertretern aus Juristen-, Arzt-, Gewerbe- und Sportverbänden, Professoren sowie Menschenrechtsorganisationen. Zwei Tage und Nächte lang haben sie beraten und wollen nun ihren Vorschlag dem Militärrat präsentieren. Auch die Jugendbewegungen finden langsam eine gemeinsame Stimme – und ein „Dach“: Ihre „Koalition der Jugend der Revolution“ hat dem Militärrat ihre Forderungen un-

terbreitet. „Wir wollen ein Ende der Notstandsgesetze, die sofortige Freilassung politischer Häftlinge und korrupte Beamte vor Gericht sehen“, sagt Khaled al-Sayed, Mitglied in der Koalition. Weitere Mitglieder sind Wael Ghonim und Amr Salama, Administratoren der Facebook-Seite „Wir sind alle Khaled Said“, Ahmed Maher, Initiator der 6.-April-Bewegung, sowie Mitglieder der „Gerechtigkeit und Freiheit“-Gruppe, der Muslimbruder-

schaft und der Demokratische-Front-Partei. Für heute hat die „Koalition der Jugend der Revolution“ zu einem Millionemarsch am Tahrir-Platz aufgerufen, zum „Freitag des Sieges und des Gedenkens an die Märtyrer“.

Der vom Militärrat eingesetzte Verfassungsrat soll in den kommenden zehn Tagen die Verfassungsänderungen erarbeiten. Ihm gehören drei Juraprofessoren, drei Berater und ein Anwalt an, die auf Verfassungsrecht spezialisiert sind. Vorsitzender des Rates ist der pensionierte Richter Tarek al-Bischry. Der 77-Jährige gilt als „moderat-islamischer“ politischer Denker und genießt in Juristenkreisen hohes Ansehen. Schon unter Präsident Mubarak war al-Bischry ein Verfechter der Unabhängigkeit der Justiz, er steht für eine stärkere Bindung an die islamische Welt und tritt für eine staatsrechtliche Synthese von Demokratie und Islam ein.

„Das Komitee ist beauftragt worden, die fehlerhaften Artikel der Verfassung – 76, 77, 88, 93, 189 – zu ändern, während Artikel 179 komplett gestrichen wird“, erklärt Sobhi Saleh. So bestimmt zum Beispiel Artikel 77 der Verfassung, dass der Präsident sich unbegrenzt zur Wiederwahl stellen

kann, und Artikel 179 gab dem Präsidenten die Befugnis, jeden Fall, der dem Terrorismus zugeschrieben werden kann, vor ein Militärgericht zu bringen.

Anwalt Sobhi Saleh ist Mitglied des Komitees, Muslimbruder und ehemaliger Parlamentsabgeordneter. „Dass ein Mitglied der Muslimbruderschaft Teil dieses Komitees ist, zeigt, dass Ägypten sich verändert hat und die Unterdrückung vorbei ist. Es gibt keine Ausgrenzung und keine Diktatur mehr“, sagt Saleh.

Doch Kritiker werfen dem Militärrat vor, nur Mitglieder in den Verfassungsrat gewählt zu haben, die bestimmte Ideologien und Orientierungen vertreten. Menschenrechtsorganisationen beklagen, dass der Rat nicht das breite politische und gesellschaftliche Spektrum der ägyptischen Bevölkerung repräsentiert. Vielleicht sehe es nach einer Koalition zwischen Mitgliedern des alten Regimes und der Muslimbruderschaft aus. Die Menschenrechtsorganisationen monieren, dass keine Frauen im Rat sitzen. Schon in zwei Monaten soll in einer Volksabstimmung über die vom Verfassungsrat vorgeschlagenen Änderungen abgestimmt werden. Dann wird sich zeigen, welche Richtung Ägypten einschlagen wird.

„Das Regime ist in Panik geraten“

Brutal verfolgen Bahrains Herrscher den Protest. Das offenbart ihre Verwundbarkeit – und jene des Westens

- Offenbar helfen sunnitische Offiziere aus Saudi-Arabien und Pakistan, Schiiten zu jagen

DANIEL-DYLAN BÖHMER

Was in der Nacht auf dem Lulu-Platz in Bahrains Hauptstadt Manama passierte, davon halte das Internet am Tag danach wider. Und je mehr Stimmen, je mehr Erzählungen und Details aus der nun vollständig vom Militär kontrollierten Stadt dringen, desto mehr verdichtet sich ein tragischer Eindruck: Das Regime von König Hamad wollte die Demonstranten am Lulu-Platz nicht einfach vertreiben – es ging darum, möglichst hart zuzuschlagen: „Jemandem vor mir haben sie in den Kopf geschossen“, wird eine junge Journalistin im Kurznachrichtendienst Twitter zitiert. „Sie haben einen Mediziner zusammengeschlagen und dann wieder losgelassen – damit du nicht bei uns stirbst“, schreibt ein anderer. Und der „New York Times“-Journalist Nicholas Kristof tweetet unablässig: „Etwa zehn Rettungssanitäter wurden von der Polizei angegriffen. Ich habe mit ihnen gesprochen und ihre Verletzungen gesehen.“ – „Die Regierung hat verboten, dass Ambulanzen ausrücken, sagt das Krankenhaus.“ – „Ein

Krankenwagen-Fahrer hat mir gerade erzählt, ein saudischer Offizier habe ihm eine Waffe an den Kopf gehalten und gesagt, er bringe ihn um, wenn er Verletzten helfe.“ Mindestens fünf Menschen starben. Die Räumung des Platzes in der Nacht zum Donnerstag sollte wehtun, so scheint es. Darauf deuten nicht nur schwer überprüfbar Internetäußerungen hin, sondern auch glaubwürdige Berichte.

Schon der Zeitpunkt der Räumung passt eher zu einem Überfall als zu einer geordneten Polizeiaktion: Es war offenbar mitten in der Nacht, als die Einsatzkräfte kamen. Ohne Warnung – so Augenzeugen – gingen sie mit Tränengas, Knüppeln und Blendgranaten auf die schlafenden Protestierer los, die hier seit drei Tagen in einem provisorischen Zeltlager ähnlich jenem auf dem Tahrir-Platz in Kairo für größere Mitsprache der Bevölkerung in dem Emirat demonstriert hatten, insbesondere für die Rechte der schiitischen Bevölkerungsmehrheit. Und Reporter der „New York Times“ berichten aus den Krankenhäusern der Stadt noch Schwerwiegenderes: Dort seien Menschen eingeliefert worden, denen offenbar Schrotladungen ins Gesicht und den Brustkorb gefeuert wurden, offenbar während sie lagen. Nach Angaben der schiitischen Oppositionspartei Wifak

fehlte am Donnerstag noch von mindestens 60 Demonstranten jede Spur.

„Offenbar ist das Regime in Panik geraten“, sagt Salman Shaikh, Direktor des amerikanischen Thinktanks Brookings Institution im Emirat Katar. „So ist eine instabile Lage in eine gewalttätige umgeschlagen. Doch wenn wir eines aus den Ereignissen der letzten Wochen gelernt haben, dann das: Wenn du auf dein eigenes Volk einschlägst, dann gerätst du nur noch mehr unter Druck.“ Deshalb stürzte



Kurz bevor die Waffen sprachen: Demonstranten am Lulu-Platz in Manama

etwa Tunesiens Diktator Ben Ali im Januar. Für die Panik der Herrscher von Bahrain gibt es indes besondere Gründe.

Das Herrscherhaus der al-Khalifa stellt nicht nur als Familie eine winzige Elite dar, es gehört auch einer religiösen Minderheit an: Die Herrscher von Bahrain sind seit jeher Sunniten, während ihr Volk mehrheitlich dem schiitischen Islam anhängt. Wie sehr sich die Machthaber auf ihrer 500 000-Einwohner-Insel in der Defensive sehen, darauf deutet die von verschiedenen Seiten berichtete Einzelheit der letzten Nacht, dass unter den Einsatzkräften zahlreiche auswärtige Befehlsträger aus sunnitischen Militärmächten wie Pakistan und Saudi-Arabien gewesen seien.

Tatsächlich spielen sie im Sicherheitsapparat Bahrain schon lange eine wichtige Rolle. Und seit Jahrzehnten beklagen sich die Schiiten über wirtschaftliche und politische Benachteiligung. Vorwürfe über Menschenrechtsverletzungen durch die Sicherheitsbehörden bei der Unterdrückung schiitischen Protestes wurden immer wieder laut. Doch wie bei anderen Verbündeten im arabischen Raum übersah der Westen geflissentlich solche Grausamkeiten.

Immerhin ist der Ölstaat auch die Heimatbasis der 5. US-Flotte, ein Grundstein amerikanischer Sicherheitspolitik mitten

im persischen Golf, direkt gegenüber von Washingtons Erzfeind Iran. Und das Mullahregime wurde in der Vergangenheit immer wieder bezichtigt, den Widerstand der schiitischen Glaubensbrüder gezielt zu schüren, um die sunnitischen Herrscher zu vertreiben und einen Bündnispartner an der Südküste des Golfs zu gewinnen. Auch jetzt vermutet mancher Beobachter hinter den Demonstrationen von Manama die Hand Teherans.

„Ich glaube, die Iraner haben bei Weitem weniger Einfluss auf die Bewegung, als sie gerne hätten“, sagt der Experte Shaikh, der als Spezialist für Konfliktlösung hochrangige Spitzendiplomaten in mehreren Krisengebieten beriet. „Es scheint, als wenn sie ziemlich marginalisiert sind.“ Dafür sprächen Auftreten und Forderungen der Revolte, die Parolen, die Sprüche auf Plakaten und Transparenten – und die Tatsache, dass auch zahlreiche Sunniten teilnahmen. „Das ist eher ein breites gesellschaftliches Bündnis für mehr Bürgerbeteiligung, nicht vor allem für die Schia oder den Islam“, so Shaikh. „Der Protest in Bahrain folgt den jugendlichen Bewegungen, die wir jetzt auch in anderen arabischen Ländern gesehen haben: Sie sind egalitär und dezentral über das Internet organisiert. Das prägt auch ihr Denken, und das passt schlecht zum iranischen Konzept.“

AUSLAND

TÜRKEI/IRAN

„Einen Nahen Osten ohne Israel bauen“

Während eines Staatsbesuches des türkischen Präsidenten Abdullah Gül im Iran haben die Sicherheitskräfte Demonstranten niedergeknüppelt, die nach Demokratie riefen. Gül sagte, er unterstütze die Protestbewegung – meinte aber die in Ägypten. Er war mit einer Delegation der radikal-islamischen türkischen „Hilfsorganisation“ IHH angeheuert, die im vergangenen Mai die Hilfsflotte für Gaza organisiert hatte. Auf dem Flaggsschiff „Mavi Marmara“ hatten damals rund 50 Fundamentalisten israelische Soldaten mit Eisenstangen angegriffen, als sie das Schiff entern wollten. Neun Türken starben dabei. Die türkische Fundamentalisten-Web-Seite Velfecr.com veröffentlichte Fotos vom Empfang der Delegation beim iranischen Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad. IHH-Islamist Nureddin Sirin wird mit den Worten zitiert: „Wir sind heute hier mit dem Verlangen, einen Nahen Osten ohne Israel und Amerika zu errichten und unser Gelübde zu erneuern, auf dem Pfad der Märtyrer der ‚Mavi Marmara‘ voranzuschreiten.“ Kritiker werfen Ankara vor, enge Verbindungen zur IHH zu unterhalten und die „Mavi Marmara“-Aktion gefördert zu haben. *oky*

TUNESIEN

Ehemaliger Präsident
Ben Ali offenbar im Koma

Der ehemalige tunesische Präsident Zine al-Abidine Ben Ali liegt nach Angaben eines Vertrauten der Familie seit zwei Tagen im Koma. Ben Ali habe einen Schlaganfall erlitten und liege seit zwei Tagen in einem Krankenhaus im saudiarabischen Dschiddah im Koma. Nach Saudi-Arabien war Ben Ali am 14. Januar infolge von Massenprotesten der Opposition geflohen. Mit der Selbstverbrennung eines jungen Akademikers begann am 17. Dezember die „arabische Revolution“, die inzwischen viele Länder der Region erfasst hat.

BELGIEN

Weltrekord gebrochen:
250 Tage ohne Regierung

Das kleine Königreich kann mittlerweile die längste Regierungskrise der Welt verzeichnen. Mit 249 Tagen ohne Regierung löste das Land den bisherigen Rekordhalter Irak ab. Belgien steckt seit den Parlamentswahlen vom Juni 2010 in der politischen Sackgasse. König Albert II. ernannt seit Monaten immer neue Vermittler, nur um sich hinterher von ihrem Scheitern berichten zu lassen. Derzeit bemüht sich Finanzminister Didier Reynders um eine Lösung.

DAS PORTRÄT



Potemkinsches Programm

Auf den ersten Blick verheißt die Meldung Mann-beißt-Hund-Kuriosität: US-Verteidigungsminister Robert Gates wehrt sich gegen ein „extravaganteres und unnötiges“ Beschaffungsprogramm im Wert von 450 Millionen Dollar, das ihm der Kongress aufdrängen will. **John Boehner** (61), als Fraktionschef der Republikaner der „speaker“ des Repräsentantenhauses und laut US-Verfassung dritter Mann im Staat, darf sich rühmen, diesen Irrsinn ohne spürbare Scham angezettelt zu haben.

Nah seinem Wahlkreis in Ohio wird seit Jahren ein alternativer Antrieb für den F-35 Kampfflugzeug der Luftwaffe entwickelt. Proteste des Pentagon, man sei mit der bisher benutzten Turbine zufriedener, halfen nichts; Milliarden verschwendete Dollar flossen in das potemkinsche Programm. Erst ein Aufstand von empörten Tea-Party-Republikanern, die sich überraschend mit linksliberalen Kollegen der Demokraten verbündeten, brachte Boehners dreistes Hobbyprojekt mit 233 zu 198 Stimmen nun zu Fall. Es war ein Misstrauensvotum. Mehr als 61 Milliarden Dollar Kürzungen im Haushalt verlangen die Republikaner. Hunderttausende Stellen von Staatsbediensteten müssten gestrichen werden. „So sei es“, hatte John Boehner dazu kalt bemerkt, „wir sind pleite.“ Er irrt. Tags darauf sparte der Kongress 450 Millionen für Boehners Privatjet ein. US